

# Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger) Tageblatt

Drahtschrift  
Tageblatt Rieser  
Hermannstr. 20.  
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsverwaltung beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen bestellbar bestimmte Blatt.

Postfachkonto  
Dresden 1590.  
Stroßstraße  
Rieser Nr. 22.

Nr. 9.

Dienstag, 12. Januar 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postzug Nr. 214 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Stellen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; jeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kusschlag, feste Tarife. Gewählter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungen und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Druckerei oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Notationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

## Volkswahl um Hindenburg?

### Die vorzeitige Einberufung des Reichstages erneut abgelehnt.

#### Brünings großer Entschluß.

Auf dem Wege zu neuen Werten.

Offiziell gemäß unterrichtet der Reichskanzler Dr. Brüning in den letzten Tagen die in Berlin beglaubigten Botschafter der Mächte über die deutschen Auffassungen und die Ziele der Reichsregierung auf den bevorstehenden Tagungen der Mächte zu Ducep-Lausanne. Das englische Auswärtige Amt hielt die Äußerungen Dr. Brünings für so bedeutungsvoll, daß es den Bericht seines Berliner Botschafters, Sir Horace Rumbold alsbald durchsichern ließ. Sofort war ein Weltgespräch da. Da die Verhandlungen der englischen Presse aber Veranlassung zu Meinungsverschiedenheiten gaben und vor allen Dingen nicht einseitiger Natur waren, sah sich der deutsche Reichskanzler gezwungen, durch das Wolffsche Telegraphenbüro seine Meinung aller Welt kundzugeben.

Auf Grund der deutschen Reichsverfassung trägt der Reichskanzler für die Grundlinien unserer Außenpolitik die Verantwortung. Sie ihrerseits erklärte Dr. Brüning drei Punkte: 1. Das deutsche Reich befindet sich in einer Lage, daß ihm die Fortsetzung politischer Zahlungen unmöglich geworden ist. 2. Jeder Versuch, das bisherige System solcher politischen Zahlungen aufrecht zu erhalten, muß nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt zum Unheil führen. 3. Für irgendwelche Kompromißlösungen ist in Ducep-Lausanne eine reale Möglichkeit nicht mehr gegeben. Die englische Presse äußerte sich zu dieser hochpolitischen Rundgebung des deutschen Reichskanzlers zunächst sehr zurückhaltend. Die amerikanische dagegen brachte die Meinungäußerung des Reichskanzlers in größter Aufmerksamkeit. Das tat auch die französische, doch mit dem Unterschiede, daß sie sofort die Ansichten des deutschen Kanzlers auf schärfste bekämpfte. Finanzminister Flandin erschien schon nach wenigen Stunden auf dem Plane und verfocht die größten Krafteinwürfe darüber, daß der führende deutsche Staatsmann den Youngplan für erledigt erklärte und in aller Form den Versailler Friedensvertrag torpedierte. Die Aufregung der Franzosen legte sich nur langsam, aber in abgeklärten politischen Köpfen setzte sich allmählich auch jenseits der Vogesen die Erkenntnis durch, daß Reichskanzler Dr. Brüning weiter nichts tat, als aus dem Sonderbericht des Baseler V. V. Ausschusses die Schlussfolgerungen für die deutsche Außenpolitik zu ziehen.

Der amerikanische Staatssekretär Stimson lehnte es ab, sich zu den Erklärungen des deutschen Reichskanzlers zu äußern. Aber der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, des Senats der U. S. A., Senator Borah, erklärte sofort, daß die deutsche Außenpolitik seit dem 6. Juli des letzten Jahres vollkommen klar und einseitig war, so daß die Rundgebung des deutschen Reichskanzlers keinen Diplomaten und Staatsmann überraschen konnte. Würden die europäischen Staatsmänner die Tatsache nehmen, wie sie nun einmal liegen, und daraus für Europa die erforderlichen Schlussfolgerungen ziehen, dann wäre die Möglichkeit zur Lösung noch schwierigerer Fragen unschwer gegeben. In diplomatischen Kreisen wird diese vorsichtige und etwas schlierhafte Äußerung einmütig dahin gedeutet, daß Senator Borah auf die interalliierten Kriegsschulden anstelle der von den Franzosen, Engländern, Belgiern und Italienern nahegelegten, sich verulänglich mit dem deutschen Reparations-schulden auseinander zu setzen, damit der amerikanische Senat in die Lage versetzt wird, dem entsprechend auch mit den amerikanischen Kriegsschuldnern verfahren zu können.

Der außerordentlich freundliche Widerhall, den die Meinungäußerung des deutschen Reichskanzlers in der angelsächsischen Presse fand, vornehmlich in der amerikanischen, legt vielfach den Schluss nahe, daß die Rundgebung Dr. Brünings ein mit den Amerikanern abgeklärtes Spiel darstelle. Wir vermögen uns diese Auffassung nicht anzueignen, obwohl wir immer den inneren Zusammenhang zwischen deutschen Reparationszahlungen und interalliierten Kriegsschulden erkannt und betont. In den Siegerländern hat sich diese Überzeugung leider erst in den letzten Monaten durchgesetzt. Prof. J. R. Keynes spricht nur aus, was alle Welt schon weis, wenn er am Sonnabend auf einer Tagung des Hamburger Ueberseehubs erklärte: „Rein verantwortlicher Mann in England wünscht heute noch eine Fortsetzung von Reparations- u. Kriegsschuldenzahlungen in irgendeiner Form.“

Der große Aufstand für Ducep-Lausanne ist getan. Wenn man der deutschen Außenpolitik in der Nachkriegszeit nennentlich auch in der Person Dr. Stresemanns, vielfach den Vorwurf großer und allzu großer Passivität machte, so muß man Reichskanzler Dr. Brüning heute beschuldigen, daß unter seiner Regide die deutsche Außenpolitik eine Aktivität erlangte, wie sie die Welt, seitdem es eine deutsche Republik gibt, noch nicht erlebte. Sein Weg nach Ducep-Lausanne ist für den Reichskanzler ein schwerer Gang. Er weiß, daß es dort nur drei Möglichkeiten gibt. Er wird versuchen, sofort zu einem endgültigen Abkommen zu gelangen, in es zu erzwingen, selbst auf die Gefahr, daß er dadurch den Zusammenbruch der ganzen Konferenz riskiert. Andere mögen

## Das Ergebnis der Besprechung Hugenberg — Hitler.

### Brünings Vorschlag abgelehnt.

Die angekündigte Besprechung zwischen Adolf Hitler und Dr. Hugenberg fand am Montagmorgen statt; sie dauerte bis in den Abend hinein. Wie in den beteiligten Kreisen verlautet, hat sie zu einer Einigung geführt.

Wie wir erfahren, werden die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen die Antwort auf die Frage des Kanzlers wegen der Amtszeit des Reichspräsidenten getrennt erteilen. Die beiden Schreien stimmen in der Ablehnung des parlamentarischen Weges der Verlängerung überein, dagegen ist anzunehmen, daß die Frage der Volkswahl faktisch verschieden behandelt wird.

In deutschnationalen Kreisen stellt man sich auf den Standpunkt, daß der Kanzler nur eine konkrete Frage gestellt hat, nämlich die nach der parlamentarischen Lösung und daß deshalb auch nur hierauf eine Antwort zu geben sei.

Dagegen ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß in dem Schreiben Adolf Hitlers die Möglichkeit der Volkswahl berührt wird, so daß damit ein direkter Anknüpfungspunkt für weitere Verhandlungen nach dieser Richtung hin gegeben sein dürfte.

Wie die Dinge sich weiter entwickeln, das läßt sich erst absehen, wenn der Wortlaut der beiden Schreiben bekannt geworden ist. In politischen Kreisen spricht man auch von der Möglichkeit, daß der Faden nun auch vielleicht von den Parteien selbst oder einzelnen parlamentarischen Persönlichkeiten weitergesponnen werden kann, zumal die Deutschnationalen grundsätzlich dagegen sind, daß die Verhandlungen von der Reichsregierung geführt werden. Dann würde die ganze Frage also in eine neue Phase treten. Ob die Entwicklung so und wann sie weiter geführt wird, muß aber zunächst abgewartet werden. Im Laufe des Tages hat übrigens auch Staatssekretär Meißner verschiedentlich mit der Führung der Nationalsozialisten gesprochen und darauf dürfte wohl auch die konzipiertere Fassung der nationalsozialistischen Antwort mit zurückzuführen sein.

#### Die Antwort Hugenburgs an den Kanzler.

Berlin. (Funktspruch.) Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Dr. Hugenberg, hat dem Reichskanzler folgendes Schreiben übermittelt:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Sie legen mir gestern die Frage vor, wie sich die Deutschnationale Volkspartei zu Ihrem Vorschlage der parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit des Herrn Reichspräsidenten, Generalfeldmarschall von Hindenburg, stelle. Sie, Herr Reichskanzler, konnten diese Frage nicht angeschlossen haben, wenn Sie dabei nicht des Einverständnisses des Zentrums und der SPD. sicher gewesen wären. Es sind dies die Parteien, die seinerzeit die Wahl des Reichspräsidenten auf das schärfste bekämpft haben. Mit dem Rückhalt dieser Parteien treten Sie jetzt an mich heran, die wir einst seine Wahl angeregt und durchgeführt haben. Sie begründen Ihr Vorgehen mit der außenpolitischen Notwendigkeit einer Stärkung der „Stabilität“ der deutschen Regierungsgewalt. Gleichzeitig schwächen Sie aber selbst diese Stabilität empfindlich durch die läche Aufrechterhaltung einer Regierung im Reich und in Preußen, hinter der keine Mehrheit des Volkes steht. Sie begründen die Notwendigkeit Ihres Schrittes weiter mit der außenpolitischen Wirkung einer einheitlichen Vertrauensabstimmung für den Herrn Reichspräsidenten. Dem gegenüber sind wir der Auffassung, daß die außenpolitische Stellung Deutschlands am meisten durch einen Rücktritt der jetzigen Regierung gefährdet wird, deren Vergangenheit es ihr ersichert, dem vorübergehenden Willen des deutschen Volkes, dem Auslande gegenüber, glaubhaften Ausdruck zu geben.

Die, Herr Reichskanzler, erheben die Wiederwahl auf dem Wege der Wahlprüfung des Parlaments. Nach der Verfassung geht die Wahl des Reichspräsidenten unmittelbar

für einen längeren Zahlungsausschub eintreten und dadurch die brennenden Streitfragen auf die lange Bank zu schieben werden. Möglicherweise, daß man sich nur für ein lazes Wortorium entschließt, um im Sommer erneut zusammenzutreten und nach gründlichen Unternehmungen und Beratungen dann zu einem endgültigen Ergebnis, zu der Vereinigung aller Kriegsschuldenfragen kommt. Es kann schon sein, die Wahrscheinlichkeit spricht sogar dafür, daß im Sommer und Herbst sich Lösungsmöglichkeiten bieten, die

vom Volke aus. Dieses Recht auf den Reichstag zu übertragen, liegt um so weniger Kulaß vor, als der Reichstag der wahren Volksmeinung nicht mehr entspricht.

Als die alten Anhänger des uns nach wie vor verehrungswürdigen Generalfeldmarschalls glauben wir zu der Bemerkung berechtigt zu sein, daß die Art seiner Einzelziehung in parteimäßige und parlamentarische Erörterungen der verfassungsmäßigen Stellung und dem hohen Ansehen nicht gerecht wird, das der Herr Reichspräsident im deutschen Volk genießt. Diese Tatsache wird durch die öffentliche Behandlung der Angelegenheit beunruhigt verwickelt. Der parlamentarische Vorschlag würde als eine Vertrauensabstimmung weniger für den Herrn Reichspräsidenten als für die nun uns bekämpfte Politik und insbesondere Außenpolitik der jetzigen Reichsregierung wirken. Unter diesen Umständen muß ich Ihnen unannehmlich erwidern, daß eine Billigung oder Unterstützung Ihres Vorschlags für uns nicht in Frage kommen kann.

Mit vorzüglicher Hochachtung Ihr ergebener

(ges.) Hugenberg.

#### Die Antwort Hitlers.

Berlin. (Funktspruch.) Wie wir erfahren, hat Adolf Hitler seine Antwort auf die Frage wegen der Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten in Form einer längeren Denkschrift dem Reichspräsidenten direkt, nicht aber der Reichskanzlei, übermittelt. Sie enthält eine ausführliche Darlegung der juristischen Bedenken, die nach nationalsozialistischer Auffassung einer Lösung auf parlamentarischem Wege von der verfassungsmäßigen Seite her entgegenstehen. Ein glattes Nein enthält die Antwort wohl nicht. Vor allem glaubt man in politischen Kreisen, ihr aber entnehmen zu dürfen, daß auch die Nationalsozialisten sich kaum einer Volkswahl auf breiter Basis entgegenstellen würden. Das läßt sich vielleicht schon daraus erkennen, daß Hitler seine Auffassung dem Reichspräsidenten direkt übermittelt und die Volkswahl offen gelassen hat. Der Reichspräsident hat den Reichskanzler unannehmlich gebeten, von weiteren Verhandlungen abzusehen. Damit ist die Aktion Dr. Brünings unannehmlich abgeschlossen. Von welcher Seite her der Faden jetzt weiter gesponnen wird, muß man abwarten. In politischen Kreisen rechnet man jedoch sicher damit, daß es nun zu der Volkswahl Hindenburgs auf breiter Basis kommen wird. Es ist zu erwarten, daß in parlamentarischen Kreisen schon bald eine entsprechende Fassungnahme erfolgt.

#### Die vorzeitige Einberufung des Reichstages erneut abgelehnt.

Berlin. (Funktspruch.) Der Reichsenrat des Reichstages hatte sich heute Dienstag wiederum mit einem formellen Antrag auf vorzeitige Einberufung des Reichstages beschäftigt. Von deutschnationaler Seite wurde der Zulassung des Reichstages gleichfalls verlangt zu dem Zwecke, die außenpolitischen und Reparationsfragen zu beraten. Beide Anträge wurden jedoch gegen die 229 Stimmen der Nationalsozialisten der Deutschnationalen und der Kommunisten abgelehnt.

In der Aussprache trat das Deutsche Landvolk zwar für den deutschnationalen Antrag ein, machte aber zur Bedingung, daß alle Parteien sich vorher verpflichteten, dafür zu sorgen, daß die Reichstagsführung nur zu einer gemeinsamen außenpolitischen Rundgebung benutzt würde. Dieses Versprechen war jedoch nicht von allen Fraktionen zu erlangen. Staatssekretär Fänder machte jedoch den Vorbehalt, daß die Reichsregierung sich erneut an den Reichstagspräsidenten wenden werde, wenn sich in der Zwischenzeit aus besonderen Umständen die Notwendigkeit ergäbe, den Reichstag vorzeitig einzuberufen. Das Umste 2. B. für die Festlegung des Termins für die Präsidentenwahl der Fall sein.

sich zur Zeit leider noch nicht verwirklichen lassen. Nachdem wir jetzt ein volles Jahrzehnt lediglich nur Gegenstand der Außenpolitik anderer Mächte waren, ist es für jeden Deutschen heute erfreulich, daß Dr. Brüning eine solche außenpolitische Aktivität entfaltet, daß wir endlich einmal ein deutsches Wort in der internationalen Politik mitreden, nachdem wir entschlossen unter Schicksal in unsere eigenen Hände nahmen. Die Großartigkeit der deutschen Außenpolitik liegt für jeden Diplomaten klar auf Tage.